

## Manuskript

# Beitrag: Atommüll? Nein, danke! – Der ewige Streit ums Endlager

**Sendung vom 22. September 2020**

von Kersten Schüßler

### **Anmoderation:**

Radioaktiver Müll, da war doch was. Nach dem Atomausstieg war es still um die Gefahr geworden. Fast so als wäre sie irgendwie verschwunden. Aber das strahlende Erbe der Kernenergie bleibt – und wird noch eine Million Jahre strahlen. Die Debatte um ein Endlager kehrt kommenden Montag mit voller Wucht zurück. Denn dann präsentiert die Bundesgesellschaft für Endlagerung, welche Standorte aus Sicht der Wissenschaft in Frage kommen. Regionen in ganz Deutschland mit Hunderttausenden Bewohnern sind betroffen, und überall formiert sich der Protest. Aber ein Bundesland verweigert sich gleich ganz. Kersten Schüßler berichtet.

### **Text:**

Zu Besuch beim gefährlichsten Müll Deutschlands im Zwischenlager Ahaus: sechs Castor-Behälter, jeder beladen 125 Tonnen schwer - nur ein kleiner Bruchteil des hochradioaktiven Abfalls Deutschlands.

### **O-Ton Burghard Rosen, BGZ Gesellschaft für**

#### **Zwischenlagerung:**

***Im Jahr 2022 geht das letzte Atomkraftwerk vom Netz, und dann werden wir rund 1.900 dieser blauen Behältern haben, so 50 Behälter, würde ich mal so im Schnitt sagen, pro Zwischenlager.***

Das Atomkraftwerk Gundremmingen. Der bayerische Reaktor gehört zu den sechs letzten in Deutschland, die noch laufen. Jahrelang haben sie hier gut mit den Gewinnen gelebt. Den strahlenden Abfall will nun kaum einer haben.

### **O-Ton Bürger:**

***Ich möchte den Atommüll in Bayern nicht haben.***

### **O-Ton Frontal 21:**

**Warum nicht?**

**O-Ton Bürger:**

**Weil meine Kinder und Kindeskinde auch weiterhin – und alle anderen Mitmenschen - ein strahlungsfreies Bayern und einen wunderschönen Freistaat vorfinden sollen.**

**O-Ton Bürgerin:**

**Man hat ja immer auch gelesen oder gehört, dass es doch feste Gesteine, feste Felsen gibt, wo's sicherer wäre. Und so was haben wir ja eigentlich hier jetzt nicht unbedingt.**

**O-Ton Bürger:**

**Wir haben es produziert, jetzt müssen wir uns auch selber drum kümmern. Und wenn das Bayern ist, dann ist es halt Bayern!**

Wohin mit dem Atommüll? Der Streit um ein Endlager – er dauert schon ewig.

Rückblick. Unter Tage im Salzbergwerk Morsleben. 1996 besucht die damalige Bundesumweltministerin Angela Merkel das alte DDR-Endlager. In das hatte die westdeutsche Industrie nach der Wende massenhaft Atommüll verklappt.

**O-Ton Angela Merkel, CDU, Bundesumweltministerin, 1996: Ich halte Morsleben, in dem Maße, wie wir es heute nutzen, für sicher.**

Tatsächlich wird Morsleben zum Sanierungsfall, der bis heute Milliarden kostet.

Auch hier wurde viel Geld vergraben: Gorleben sollte das Endlager für hochradioaktiven Müll werden. Umweltministerin Merkel macht sich damals dafür stark. Denn die Atomindustrie braucht ein Endlager, nur so kann sie weiter Atomstrom verkaufen.

**O-Ton Angela Merkel, CDU, Bundesumweltministerin, 1996: Deshalb ist für mich die Erkundung von Gorleben vorrangig und wichtig und muss durchgeführt werden.**

Dabei war die Entscheidung für Gorleben politische Willkür. Als Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht in den 70-ern ein Endlager sucht, ist anfangs von Gorleben keine Rede.

2010 präsentiert Frontal 21 Akten, die belegen: Gorleben wurde nachträglich handschriftlich hinzugefügt. Niedersachsens damaliger Chef-Geologe bestätigte das.

**O-Ton Prof. Gerd Lüttig, ehemaliger Vizepräsident Niedersächsisches Landesamt für Bodenforschung, Quelle: Frontal21-Beitrag vom 13.4.2010:**

***Worauf ich sagte: Herr Dr. Albrecht, Sie wissen doch genau, dass Gorleben gar nicht auf meiner Liste steht, auf der Liste der vordringlichen oder besonders gut geeigneten Salzstöcke. - Ja, das macht nichts, das ist jetzt eine politische Entscheidung.***

Es folgen: jahrzehntelanger Protest, bürgerkriegsähnliche Zustände, wenn die Castoren rollen - und am Ende der Bau- und Erkundungstopp in Gorleben.

2011 explodiert in Japan Fukushima – und in Deutschland hat Merkel die Einsicht, dass Atomkraft unbeherrschbar und ein sicheres Endlager dringend nötig ist.

***O-Ton Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin, 2011: Wir haben verabredet, dass bis zum Jahresende genau zu diesem Punkt auch eine gesetzliche Grundlage geschaffen wird, sodass wir hier auch rechtliche Klarheit über das weitere Vorgehen haben.***

Im Bundestag einigen sich CDU/CSU, SPD und Grüne auf ein Standortauswahlgesetz. Deutschlandweit soll ergebnisoffen, transparent, unter Beteiligung der Bevölkerung gesucht werden.

***O-Ton Norbert Lammert, CDU, Bundestagspräsident, 2017: Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in dieser Fassung zustimmen, um das Handzeichen.***

Der parteiübergreifende Konsens von 2017, erinnert sich die Grüne-Abgeordnete Sylvia Kotting-Uhl, scheint es fast wie ein Wunder.

***O-Ton Sylvia Kotting-Uhl, Bündnis 90/Die Grünen, MdB, Vorsitzende Ausschuss nukleare Sicherheit: Die CSU war dabei - ja, ein bisschen schweren Herzens - aber sie war dabei, weil - ich sage mal - in der Arbeit der Kommission konnte sich eigentlich niemand - wir hatten ja auch Vertreter der Energiekonzerne mit in der Kommission - niemand konnte sich dieser Logik entziehen, dass wir es nur mit Transparenz und Partizipation schaffen, einen Endlager-Standort auszuweisen, ohne dass wir wieder Bürgerkrieg wie in Gorleben haben.***

Für den atomaren Abfall wurde extra ein neues Bundesamt geschaffen. Sein Chef, Wolfram König, soll bei der Endlagersuche vermitteln - zwischen betroffenen Anwohnern, Wissenschaft und Politik.

***O-Wolfram König, Präsident Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung: Dieses Gesetz ist einmalig in seiner Entstehungsgeschichte und auch in dem Versuch, einen gesellschaftlichen Konflikt,***

**der über Jahrzehnte existiert hat, zu befrieden. Es gibt eben zum Glück in Deutschland geologische Formationen, die sehr unterschiedlich sind. Gesteinsformationen - Salz-, Ton-Gestein und Granit-Gesteine, die grundsätzlich infrage kommen. Andere Länder haben diese Vielfalt nicht.**

Deutschland auf Endlagersuche: Neben Gorleben wurden in der Vergangenheit mehr als ein Dutzend Salzstöcke in Norddeutschland mehr oder weniger intensiv untersucht.

Ein anderes sogenanntes Wirtsgestein: Ton - große Vorkommen im Norddeutschen Tiefland, aber auch rund um Ulm und am Bodensee.

Dritte Möglichkeit für ein Endlager: Granit - zu finden vor allem in Sachsen und in Mittelgebirgen Bayerns.

In Bayern regiert seit 2018 Markus Söder. Allen Abmachungen zum Trotz legte sich die von ihm geführte Regierung im Koalitionsvertrag fest, „dass Bayern kein geeigneter Standort für ein Atomendlager ist“.

**O-Ton Frontal 21:**

**Wie halten Sie es mit Ihrer Festlegung, dass es in Bayern kein Endlager geben dürfe?**

**O-Ton Markus Söder, CSU, Ministerpräsident Bayern:**  
**Als ehemaliger Umweltminister haben wir schon Untersuchungen in Bayern immer gemacht. Es ist Ton - glaube ich - in der Ecke von Ulm, Neu-Ulm. Und es ist Granit im Bayerischen Wald. In beiden Bereichen sind die jeweiligen Schutzmöglichkeiten deutlich niedriger, als es das jetzige Lager in Gorleben bringen würde.**

**O-Ton Frontal 21:**

**Das ist ja eine Festlegung Ihrerseits, die mit dem Bundesgesetz, dem Standortauswahlgesetz und der offenen, der ergebnisoffenen Suche bricht?**

**O-Ton Markus Söder, CSU, Ministerpräsident Bayern:**  
**Ne, das ist halt meine Meinung - und unsere Meinung.**

Wer Gorleben als Endlager will, kommt an den Grafen von Bernstorff nicht vorbei. Ihnen gehört das Land über dem Salzstock Gorleben - und damit die Salzrechte. Dass Bayern die deutschlandweite Suche nach einem Endlager torpediert, für sie ein fatales politisches Zeichen:

**O-Ton Andreas Graf von Bernstorff:**

**Es muss eben diese weiße Landkarte geben. Und ich finde, da kann sich kein Land ausschließen aus diesem Suchprozess. Und das finde ich einfach unmöglich, dass**

**Söder sagt, in Bayern bitte nicht suchen. Er will sich da den Ärger vom Hals halten. Aber das Verfahren ist ja nicht glaubwürdig, wenn nicht alle mitspielen.**

**O-Ton Fried Graf von Bernstorff:**

**Aber es gibt natürlich trotzdem einen erheblichen Zweifel hier in der Bevölkerung, dass jemals Vernunft waltet und dass die Politik sich den wissenschaftlichen Erkenntnissen beugt.**

Der ehemalige bayerische Ministerpräsident Günther Beckstein wirkt mit bei der Endlagersuche, ist sich sicher: Hier braucht es Glaubwürdigkeit und keine bayerischen Querschüsse von Markus Söder.

**O-Ton Günther Beckstein, CSU, ehemaliger Ministerpräsident Bayern:**

**Das Gesetz gilt. Und das heißt, dass Bayern in der Zukunft auch daran selbstverständlich konstruktiv mitwirken wird.**

**O-Ton Frontal 21:**

**Ist denn Ihr Eindruck aus Bayern, dass die Bürger das auch dort akzeptieren werden?**

**O-Ton Günther Beckstein, CSU, ehemaliger Ministerpräsident Bayern:**

**Heute nicht.**

**O-Ton Frontal 21:**

**Heute nicht?**

**O-Ton Günther Beckstein, CSU, ehemaliger Ministerpräsident Bayern:**

**Nicht nur in Bayern - wenn man im Laufe eines jahrelangen transparenten Verfahrens sieht, dass das eine Anlage ist, die attraktive Arbeitsplätze bringt, aber keine Gefahren, dann wird sich das vielleicht, vielleicht verändern. Vielleicht.**

Ob diese Hoffnung gerechtfertigt ist, wird sich schon am 28. September zeigen. Dann wird klar, welche Regionen für ein Endlager untersucht werden können. Der Bürgermeister von Thurmansbang im Bayerischen Wald - nahe der tschechischen Grenze - fürchtet jedenfalls, dabei zu sein.

**O-Ton Martin Behringer, Freie Wählergemeinschaft, Bürgermeister Thurmansbang:**

**Wenn so ein Endlager bei uns entstehen würde, das wäre für unsere Region der Todschatz. Also das heißt, unsere Häuser wären nichts mehr wert, unsere Grundstücke wären nichts mehr wert, unsere Landwirtschaft käme wahrscheinlich zum Erliegen. Und der Nationalpark und so weiter, ob sich das alles verträgt mit dem Atommüll-Endlager, das stelle ich**

***dann schon groß infrage.***

Niemand will ihn haben – den strahlenden Abfall aus deutschen Atomkraftwerken. Ob bis 2031 tatsächlich ein Endlager gefunden wird, ist fraglich, wenn Politiker Glaubwürdigkeit und Vertrauen verspielen.

**Zur Beachtung:** Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.